

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach 12 04 08  
Telefon (02 28) 21 90 38/39  
Telefax: 8 88 848 pbbn d

## Inhalt

Rudolf Dreßler MdB, Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AFA), wirft dem Bundeskanzler vor, die IG Metall zu verschaukeln: Kein Kanzler-Termin für Stahl-Gespräch.

Seite 1

Dr. Hans Günter Brauch, Vollmitglied des International Institute for Strategic Studies (London) und Mitglied der Arbeitsgruppe Friedensforschung und europäische Sicherheitspolitik an der Universität Stuttgart, weist auf die Gefahren aus dem Atomminen-Rucksack hin: Nuklearer Stolperdraht.

Seite 3

40. Jahrgang / 8

11. Januar 1985

### Kohl verschaukelt die IG Metall

Es existiert nicht einmal der Termin für ein Stahl-Gespräch

Von Rudolf Dreßler MdB  
Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AFA)

Nach der Schätzung von Fachleuten wird die Bereinigungs-  
krise der europäischen Stahlindustrie nach all den Ader-  
läsungen der vergangenen Jahre noch einmal hunderttausend  
Arbeitnehmer um ihre Arbeitsplätze bringen. Wir können  
uns leicht ausrechnen, was dies für die Bundesrepu-  
blik bedeutet: Die Zitterpartie in den Stahlstandor-  
ten geht weiter, im Saarland und Nordrhein-Westfalen  
oder auch anderswo müssen Tausende weiterhin Angst um  
ihre Arbeitsplätze haben.

Nach unserer Auffassung muß die Bundesregierung aber  
noch aus einem weiteren Grund vorsorgend und konzeptionell  
tätig werden. Für die Arbeitnehmer in der Bundesrepu-  
blik wird die Strukturkrise der Stahlindustrie zu einem  
Schlüsselerlebnis der Strukturveränderung überhaupt.  
Die Art und Weise, wie die Stahlkrise abläuft, wird  
darüber entscheiden, ob die Arbeitnehmer dem friedlichen,  
partnerschaftlichen Weg der Konfliktaustragung auch in  
Zukunft treu bleiben, oder ob der Protest, die uner-  
bittliche Auseinandersetzung zum Modus



wird, der die sozialen Beziehungen prägt. Hier darf es keine Zweideutigkeiten geben: Bleibt die Bundesregierung bei ihrem Kurs, die Entwicklung einfach treiben zu lassen - auf Kosten der Stahlarbeiter -, und bleiben die Stahlunternehmer bei ihren Konzentrations-"Spielchen", sind die Konflikte vorprogrammiert. Noch hat es die Bundesregierung in der Hand, mit der Vorlage eines Konzeptes die Entwicklung zu beeinflussen; aber die Zeit drängt.

Nach unserer Auffassung muß dringendst von der Bundesregierung dafür gesorgt werden, daß ein nationaler Stahlausschuß gebildet wird, in dem Arbeitgeber, Gewerkschaften und die öffentlichen Hände über die Zukunft der Stahlindustrie miteinander reden. Es ist ein beispielloser Skandal, daß der Bundeskanzler bis auf den heutigen Tag der zuständigen Gewerkschaft nicht einmal einen Terminvorschlag unterbreitet hat, um diese Gesprächsrunde zuwege zu bringen - dies, obwohl der Bundeskanzler vor über einem Jahr mehrfach zugesichert hat, einen Gesprächstermin zu vereinbaren.

Ferner muß unserer Auffassung nach die Bundesregierung überlegen, wie sie ihren überragenden faktischen Einfluß auf die Stahlpolitik ummünzt in eine zielorientierte, arbeitsplatzsichernde und standorterhaltende Strategie. Die Lambsdorff-Bangemann-Linie, Gelder locker zu machen und Kostenerleichterungen zu finanzieren ohne auf die Struktur von Unternehmen Einfluß zu nehmen, ist ausgereizt. Sie hat keine Perspektive mehr. Niemand soll auch Zweifel darüber hegen, daß wir - sollten diese Schritte nicht ausreichen - gemeinwirtschaftliche Lösungen anstreben werden. Die Bundesregierung muß schnell handeln. Bei einem weiteren Zögern zerstört sie den Rest, den Bodensatz an Verständigungsbereitschaft, der noch vorhanden ist. (-/11.1.1985/rs/fr)

+ + +



Mit dem Atomrucksack zum nuklearen Holocaust?

-----

Das Tauziehen um diesen atomaren Stolperdraht

Von Dr. Hans Günter Brauch

Vollmitglied des International Institute for Strategic Studies (London) und  
Mitglied der Arbeitsgruppe Friedensforschung und europäische Sicherheitspolitik  
an der Universität Stuttgart

Während die Bundesregierung durch ihre Sprecher widersprüchliche Informationen zu den sogenannten Tornister-Atombomben beziehungsweise Atomrucksäcken verbreitete, und Staatssekretär Lothar Rühl vom Verteidigungsministerium seine Äußerung in einem Fernsehinterview vom 8. Januar tags darauf teilweise wieder zurücknahm, sind inzwischen aus öffentlich zugänglichen Quellen weitere Details über die speziellen Atomminen bekannt geworden. Nach amerikanischen Informationen ist auch davon auszugehen, daß "eine Anzahl von NATO-Ingenieurteams (britische, niederländische und deutsche) auch daran ausgebildet werden, Atomminen in Stellung zu bringen. Der amerikanische Generalmajor Miles J. Fulwyler, der ehemalige Direktor für nukleare und chemische Fragen im Büro des stellvertretenden Stabschefs für operative Fragen und für Planungen in der amerikanischen Armee, sagte in einer aus Sicherheitsgründen zensurierten Fassung am 1. März 1982 in einer geheimen Sitzung des Streitkräfteausschusses des amerikanischen Senats: "Die mittleren Atomminen (MADM) und die speziellen Atomminen (SADM) stellen ein Mittel zur Verfügung, die Bewegung der gegnerischen Streitkräfte zu verzögern und zu unterbrechen. ADM Teams der Vereinigten Staaten sind dafür vorgesehen, daß sie den Korps der Alliierten in Mitteleuropa und ... (gestrichen) ADM Unterstützung gewähren."

Nach dem ersten Band des Nuklearwaffendatenbuches, das 1984 vom Natural Resources Defense Council, Inc. in Washington veröffentlicht wurde, werden Atomminen (beziehungsweise atomic demolition munitions (ADM)) in "unterirdischen Kammern, an Brücken, in Tunneln und an Dämmen angebracht und sie werden mit einem Zeitzünder oder von einem entfernt gelegenen Kommando detoniert. .../Spezielle Atomminen/ SADM würden hinter den feindlichen Linien in Stellung gebracht insbesondere auf Flugplätzen, bei Kommandozentralen, Transport- und Nachrichtenknotenpunkten und bei Industriebahnhöfen und bei Treibstofflagern."

Bei den speziellen Atomminen (SADM) oder den "Tornisterbomben" beziehungsweise "Atomrucksäcken", wie dieser Teil des nuklearen Arsenal der US-Streitkräfte in der Bundesrepublik seit Beginn der Woche in der Publizistik genannt wird, handelt es sich um eine der kleinsten Atomwaffen (Mininuke), die mit dem nuklearen Sprengkopf W-54 versehen ist. Nach der jüngsten Ausgabe des "Militärischen Gleichgewichts" des Londoner Instituts für Strategische Studien vom September 1984 besitzen die speziellen Atomminen (Atomrucksäcke) eine Sprengkraft von 0,15 Kilotonnen beziehungsweise 150 Tonnen herkömmlichen Sprengstoffs TNT, die mittleren Atomminen (MADM) sollen über eine Sprengkraft von 0,4 KT beziehungsweise 400 Tonnen herkömmlichen Sprengstoffs verfügen. Das Londoner Institut für Strategische Studien vermutet in seiner Ausgabe für 1984/85 erstmals, daß die Sowjetunion auch über Atomminen verfügt, die eine Sprengkraft von fünf bis 20 KT besitzen sollen, ohne jedoch weitergehende Detailangaben zu machen.

Nach dem Nuclear Weapons Data Book besitzen die speziellen Atomminen über eine Sprengkraft, die zwischen 0,01 und einer Kilotonne beziehungsweise zwischen 100 und 1.000 Tonnen herkömmlichen Sprengstoffs gewählt werden kann. Der Sprengkopf (W-54), der wahrscheinlich aus spaltbarem Plutonium besteht, wiegt 26,5 kg. Die Atommine mit dem W-54 Sprengkopf soll ein Gewicht von etwa 78 kg besitzen. Der Sprengkopf für die SADM wurde seit 1960 im Nuklearwaffenlaboratorium in Los Alamos im US-Staat Neumexiko entwickelt und seit 1964 bei den US-Streitkräften eingeführt. Von 1960 bis 1963 wurde eine frühere Version des W-54 Sprengkopfes für die kleinste amerikanische Atomwaffe, die Davy Crockett, produziert, von denen auch eine größere Zahl in der Bundesrepublik lagerte.



Von 1963 bis in die späten 1960er Jahre wurde die spezielle Atommine produziert, von denen im Jahre 1983, amerikanischen Quellen zufolge, etwa 300 in den USA, in Italien, in der Bundesrepublik und möglicherweise auch in Südkorea lagern sollen. Nach dem Bericht der amerikanischen Fernsehanstalt NBC vom Wochenende sind hiervon 100 in der Bundesrepublik Deutschland gelagert. Nach Angaben des Nuclear Weapon Data Book kann das Trägersystem für den W-54 Kernsprengkopf in einem Rucksack von einem einzelnen Soldaten transportiert werden.

Die mittleren Atomminen (MADM) sollen nach der Veröffentlichung des Natural Resources Defense Council in Washington einen Sprengkopf (W-45) mit einer Sprengkraft von 1 bis 15 KT, das heißt etwa die Wirkung einer Hiroshimabombe haben, und in drei Versionen verfügbar sein. Der Sprengkopf W-45 ist 177 kg schwer und er funktioniert wie eine Spaltbombe. Der Sprengkopf der mittleren Atommine wurde ab 1956 in Los Alamos entwickelt und seit 1965 bei den amerikanischen Einheiten eingeführt. Im Jahre 1983 waren etwa 300 MADM in den USA, in Italien, in der Bundesrepublik Deutschland und wahrscheinlich auch in Südkorea gelagert. Die MADM werden von Kraftfahrzeugen, zum Beispiel Jeeps, und mit Hubschraubern zur Einsatzstelle gebracht.

#### NATO-Soldaten ausgebildet

Nach der Washingtoner Quelle werden die Streitkräfte einiger NATO-Staaten ausgebildet, um die speziellen (SADM) und die mittleren (MADM) Atomminen zum Einsatz bringen zu können. In der Bundesrepublik lagerten 1983 zwischen 250 und 300 Atomminen in: Heilbronn, Kornwestheim bei Stuttgart, in Wildflecken und in Mainz-Finthen. Nach Angaben des Washingtoner Kernwaffenspezialisten Arkin sind die atomaren Rucksäcke beziehungsweise speziellen Atomminen nicht in Bad Tölz, sondern in Rheinland-Pfalz und damit offenkundig in Mainz-Finthen gelagert.

Die amerikanischen Atomminen in der Bundesrepublik sind seit Beginn ihrer Lagerung in den 1960er Jahren in den USA äußerst unstritten. Alain Enthoven, der von 1961 bis 1968 die Abteilung für Systemanalyse im Pentagon leitete, sagte im Jahre 1974 vor einem Unterausschuß des Auswärtigen Ausschusses des US-Senats zu den Atomminen aus: "Atomminen können unseren Präsidenten in eine unerträgliche Lage bringen. Sie sollen uns angeblich ermöglichen, eine Art 'Maginot-Linie aus der Tasche' zu errichten. Der Plan, nach dem sie eingesetzt werden sollen, funktioniert etwa folgendermaßen: die Löcher für die ADMs werden in Friedenszeiten in Schlüsselstellungen nahe der Grenze gegraben. Bei Beginn der Invasion setzen unsere ADM-Teams die Sprengköpfe in diese Löcher und ziehen sich zurück. Dann wird das Kommando gegeben, die Sprengköpfe gezündet; große Löcher oder Erdrutsche entstehen, die das Vorrücken des Feindes verlangsamen oder seine Streitkräfte so kanalisieren, daß sie bessere Ziele abgeben. Dieses Konzept ist politisch ausgesprochen fragwürdig. Es hat eine Reihe schwerwiegender Mängel. Wenn nämlich erst einmal die Sprengköpfe installiert sind und unsere Streitkräfte sich zurückgezogen haben, befindet sich der Präsident in einer Lage, in der er einfach den Feuerbefehl geben muß, wenn er nicht zulassen will, daß sie überrannt und vom Feind erbeutet werden.

Verantwortliche zivile Entscheidungsträger sollten sich nicht in eine solche Lage bringen lassen. Ein Atomkrieg in Europa würde wahrscheinlich das Ende der Zivilisation in Europa bedeuten. Die Entscheidung Kernwaffen einzusetzen, sollte nicht durch solche Zwängsmechanismen in unserem Verteidigungskonzept beeinflußt werden.

Zweitens verlangt der Einsatz von ADMs eine frühzeitige Entscheidung, einen Konflikt zu Atomwaffen hin zu eskalieren, noch ehe wir die Möglichkeit hatten festzustellen, ob nicht unsere konventionelle Verteidigung ausreicht. Wir haben den Warschauer Pakt so lange dermaßen überschätzt, daß wir annahmen, unsere Streitkräfte würden überrannt und geschlagen, ohne diese Annahme je genau zu überprüfen.

Drittens: falls der Präsident sich für den Ersteinsatz von Atomwaffen durch das Zünden von ADMs entscheidet, hat er damit einen Präzedenzfall mit katastrophalen Implikationen geschaffen. Ein Teil dieses Präzedenzfalles würde darin bestehen, Atomwaffen auf befreundetem Gebiet eingesetzt zu haben, was für unsere Alliierten nicht gerade eine sehr



attraktive Aussicht ist. Ich glaube nicht, daß Atomminen je zum Einsatz kommen würden. Sie sollten hierher nach Hause gebracht und entschärft werden."

Nach einem Bericht des ehemaligen amerikanischen Verteidigungsministers James Schlesinger über Kernwaffen in Europa aus dem Jahre 1975 sind ADM:

"nukleare Sprengmittel, die manuell in Stellung gebracht werden und die mit einem Zünder oder auf ein Kommando hin gezündet werden. Sie können dazu benutzt werden, um Brücken zu zerstören, Tunnels oder Engpässe zum Einsturz zu bringen, Straßen zu unterbrechen und anderweitig Barrieren zu errichten, um die Bewegung des Gegners zu verlangsamen oder Konzentrationen für seine Streitkräfte zu veranlassen. Diese Aktivitäten könnten lukrative Ziele für den Angriff durch konventionelle und nukleare Kräfte bieten und Zeit für konventionelle Verstärkungen gewinnen. Da sie defensive Waffen sind und sie mit großer Wahrscheinlichkeit auf NATO-Gebiet zum Einsatz kommen, besitzen sie wahrscheinlich ein geringeres Eskalationspotential als die meisten anderen nuklearen Gefechtsfeldwaffen.

Es werden gegenwärtig Studien unternommen, Alternativen in der Gestalt von 'earth penetrators' (das heißt sich in die Erde einbohrende Sprengbomben) zu entwickeln, die durch Raketen oder Flugzeuge zum Einsatz kommen sollen."

Diese Forderung Schlesingers aus dem Jahre 1975 wurde inzwischen mit dem Sprengkopf 86 für die Pershing II realisiert. Im Januar 1981 wurde dieses Projekt jedoch sowohl aus Haushaltsgründen als auch wegen der veränderten Reichweite der Pershing II eingestellt. Die Entwicklung des Sprengkopfes mit verstärkter Sprengwirkung wurde jedoch abgeschlossen und dieser steht für spätere Waffensysteme, zum Beispiel im Rahmen von Deep-Strike-Konzepten wie AirLand Battle oder dem Rogers Plan zur Verfügung.

Nach Pressemeldungen beschloß die Nukleare Planungsgruppe der NATO im Oktober 1970 in Ottawa "politische Richtlinien, die den möglichen Einsatz der nuklearen Landminen in Europa umfassen. ... Nach Angaben von Beamten des amerikanischen Verteidigungsministeriums werden diese neuen Richtlinien den militärischen Kommandeuren der NATO die Befugnis erteilen, Planungen für den Transport der Atomminen von ihren rückwärtigen Lagerstätten nach vorn, wo sie bei einer drohenden Krise eingesetzt würden, zu beginnen."

Nach einem Bericht des Auswärtigen Ausschusses des amerikanischen Senats von 1973 wird die Position der Bundesregierung hierzu folgendermaßen beschrieben:

"Atomminen - atomare Sprengmunition oder ADMs - sind in Europa eine äußerst sensitive Frage und besonders in Deutschland (gestrichen), da ihr Einsatz eine frühe Entscheidung für eine Eskalation zu Kernwaffen verlangen würde, und da sie voraussichtlich auf befreundetem Gebiet vor der Ankunft des Gegners eingesetzt würden. Die Kontroverse über die ADM; die etwa vor einem Jahrzehnt begann, konzentrierte sich auf zwei Fragen: die Vorbereitungen für die Stationierung dieser Munition bei dem voraussichtlichen Einsatzort, das sogenannte 'prechambering', und die Delegation der Entscheidung zu ihrer Anbringung und zu ihrer Zündung. Es gibt allgemeine Richtlinien innerhalb der NATO über den Einsatz von ADM. Sie sehen unter anderem vor, daß (gestrichen). Es gibt (gestrichen) amerikanische ADM-Teams in Deutschland. Ungefähr (gestrichen) dieser Teams sollen die amerikanischen Streitkräfte und die übrigen verbündeten (hauptsächlich deutsche) Verbände unterstützen. Weitere (gestrichen) ADM-Teams sind in Italien. Jedes Team besteht aus fünf oder sechs Mann. ADM werden andauernd erprobt nach einem nicht bekanntgegebenen Zeitplan, und sie werden in Manövern auf dem Luftwege transportiert. Es gibt keine ADM-Teams in (gestrichen).



Die deutsche Bundesregierung erlaubt keine Vorverbringung (prechambering) der ADM. Beim NATO-Hauptquartier in Brüssel wurde uns gesagt, daß keine Sprengkammern in Europa speziell für die ADM gebaut wurden, wenn es auch Sprengkammern für konventionelle ADM gäbe. Diese Kammern werden jedoch nicht als ebenso zufriedenstellend angesehen, wie die Sprengkammern, die speziell für die ADM vorbereitet werden, weil einige flacher sind und damit einen größeren radioaktiven Fallout hervorrufen würden. Beim Hauptquartier des 7. Korps sagte man uns, daß (gestrichen). Obgleich diese Kammern von der deutschen Territorialarmee kontrolliert werden..(gestrichen)."

Diese Auswahl aus öffentlich zugänglichen amerikanischen Quellen steht im deutlichen Widerspruch zu den Stellungnahmen der Bundesregierung, die seit dem vergangenen Wochenende abgegeben wurden.

Nach dem Beschluß von Montebello vom Oktober 1983 kündigte das Bundesverteidigungsministerium an, im Rahmen des von der NATO beschlossenen Abzugs von 1.400 Nuklearsprengköpfen sollten auch alle Atomminen abgezogen werden. Wie viele dieser Atomminen, wenn überhaupt, wurden bisher abgezogen? Wenn amerikanische Pressemeldungen zutreffen, dann soll das Pentagon, die amerikanische Regierung den "Beschluß von Montebello" anders interpretieren und davon ausgehen, daß zumindest ein Teil der Atomminen und darunter auch die Rucksackbomben in der Bundesrepublik verbleiben. Was hat die Bundesregierung bisher unternommen, um ihrer öffentlich verkündeten Maxime "weg von den Gefechtsfeldwaffen" nach zu kommen, innerhalb der NATO zum Durchbruch zu verhelfen? Wenn die Bundesregierung sich wirklich für den Abzug der Atomminen ausspricht, könnte diesem Willen nicht durch einen gemeinsamen Antrag aller Bonner Bundestagsparteien Nachdruck verholten werden? Auch eine Rucksackbombe, die von Green Berets ins Hinterland des Gegners gebracht und zum Beispiel in der DDR oder in der Tschechoslowakei gezündet würde, oder die auf dem Gebiet der Bundesrepublik in der Frühphase eines Konflikts eingesetzt würde, könnte einen Prozeß einleiten, der mit einem nuklearen Holocaust endet. (-/11.1.1985/va/ks)

+ + +

